

Zum Einsatz von Glyphosat

Dr. Johanna Scheringer-Wright: Durchsetzung des Verbots dringend geboten

Mit dem Glyphosateinsatz und seinen gesundheitlichen Auswirkungen auf die Menschen in Thüringen hatte sich der Landtag auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einer Aktuellen Stunde am 8. Juli befasst. Für die Linksfraktion hatte die agrarpolitische Sprecherin Dr. Johanna Scheringer-Wright das Wort ergriffen:

Der BUND hat in Berlin eine Studie zu Glyphosat veröffentlicht – schon eine Zeit her. Da war Glyphosat im Urin von Großstädtern aus 18 europäischen Staaten nachgewiesen worden. 70 Prozent aller Proben in Deutschland waren belastet. Also sieben von zehn Menschen in Deutschland hatten Glyphosat im Urin. Wie kommt das, dass so viele Menschen Glyphosat im Urin haben? Denn das bedeutet ja, dass dieser Stoff durch den Stoffwechsel gegangen ist.

Glyphosat ist ein gängiges Pflanzvernichtungsmittel. Es wirkt gegen alle Pflanzen und eignet sich daher hervorragend für die absolute Säuberung von Feldern und Gärten vor Anbau der Kulturfrucht und auch für die Säuberung von gepflasterten Flächen in den Siedlungsgebieten. Glyphosat ist Hauptbestandteil im Unkrautkiller Roundup der Firma Monsanto, der weltweit einer der meistverkauften Unkrautkiller ist.

Eigentlich gibt es bei Glyphosat für den öffentlichen Bereich strenge Regeln der Anwendung. Aber selbst in meinem kleinen Dorf führe ich einen ewigen Kampf mit Gemeindearbeitern, Nachbarn, um aufzuklären und deut-

lich zu machen, dass Glyphosat mitnichten überall eingesetzt werden darf und dass sie gerade unsere Kleinkinder größten Gesundheitsrisiken aussetzen, wenn sie zum Beispiel den Hof der Kita, den Gemeindeplatz, die Gehwege damit sprühen. Kinder fassen nun einmal alles an, setzen sich auf den Boden, stecken ihre Finger in den Mund und damit ist der Weg der direkten Aufnahme unumgänglich gegeben.

Weil Glyphosat exzessiv in der Landwirtschaft als Voraufspritzung verwendet wird, aber ebenso im Totspritzen des Getreides vor der Ernte, also der sogenannten Sikkation, findet sich dieser Wirkstoff auch in der Nahrungskette.

WHO hat Glyphosat als krebserregend eingestuft

Auch die Verwendung der gentechnisch veränderten Soja, die glyphosatresistent ist, in der Tierernährung bei uns trägt zur Aufnahme in die Nahrungskette bei. Die Zulassung dieses Pflanzvernichtungswirkstoffs Glyphosat läuft dieses Jahr aus.

Im Rahmen der Bewertung zur erneuten EU-Zulassung wurde durch das Bundesinstitut für Risikobewertung Anfang 2014 eine grundsätzliche Unbedenklichkeit von Glyphosat festgestellt. Allerdings konnten hinsichtlich ökologischer Risiken, der Wirksamkeit der Abbauprodukte und der Kombinationswirkungen mit den Beistoffen nicht alle Fragen abschließend geklärt werden. Zudem war die Zulässigkeit der Kriterien, nach denen wissenschaftli-

che Studien in die Bewertung einbezogen wurden, hoch umstritten. So gibt es eine Reihe von Studien aus den USA, Costa Rica und anderen Ländern, die hohe Erkrankungsraten an Krebs und anderen Erkrankungen, gerade Nervenerkrankungen wie zum Beispiel Parkinson, in Verbindung mit Glyphosat darstellen. Diese Studien wurden aber nicht bei der Bewertung anerkannt. Fakt ist: In vitro, also im Reagenzglas, wurde die zellschädigende Wirkung von Glyphosat eindeutig nachgewiesen.

Trotzdem: Immer, wenn sich Wissenschaftler, von wem auch immer bezahlt, nicht einig sind, scheint ein Komplettverbot des umstrittenen Wirkstoffs derzeit nicht angemessen. Die WHO hat aber im März Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Das Vorsorgeprinzip gebietet also dringend, bestimmte Anwendungsbereiche sofort auszuschließen, insbesondere solche, bei denen das größte Risiko eines Glyphosateintrags in die menschliche Nahrungskette besteht.

Dies betrifft einerseits die Vorerntebehandlung zur Beschleunigung der Erntereife, also Sikkation, und andererseits die Anwendung im privaten und öffentlichen Haus- und Gartenbereich.

Um Verbraucherinnen und Verbraucher wirksam zu schützen, muss ein sofortiges Verbot wenigstens dieser beiden Anwendungsbereiche erlassen werden. Zudem ist die Durchsetzung dieses Verbots dringend geboten, und zwar auf allen öffentlichen und privaten Plätzen, Gärten, Parks und in der Landwirtschaft. ■

Nebenbei NOTIERT

von **Stefan Wogawa**

Rassenideologie

Vor 110 Jahren veröffentlichte der in Ulm geborene Albert Einstein, damals Angestellter des Schweizer Patentamtes, seine spezielle Relativitätstheorie. Er wurde Professor, 1913 Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften und Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik, 1921 erhielt er den Nobelpreis.

In Deutschland wurden rassenideologische Gegner laut. Von den alten Griechen bis zum Jahr 1900 seien, so schrieb später einer der Protagonisten, der Astronom Bruno Thüring, „die exakten Naturwissenschaften einzig und allein das Tätigkeitsfeld arischer Menschen gewesen“. Doch inzwischen sei die Physik, natürlich verursacht durch Juden, in die Hand des „Relativismus“ geraten.

Man beklagte eine angebliche „allgemeine Richtungslosigkeit des Denkens“ und griff Einstein, kaum wissenschaftlich getarnt, antisemitisch an. Im Mittelpunkt stand der Physiker Philipp Lenard, Nobelpreisträger, Vertreter der antiquierten „Äthertheorie“ sowie Begründer einer „deutschen“ oder „arischen Physik“. Er hetzte gegen den „Judenbetrug“, den die Relativitätstheorie darstelle, und stand im Kontakt mit dem berühmten Hans F. K. Günther („Rasse-Günther“), den die NS-Regierung in Thüringen mit einem Lehrstuhl an der Universität Jena versorgt hatte. In der NS-Zeit wurde Lenard schwülstig „Altmeister arischer Naturforschung“ genannt.

Einstein trug man auch seinen Pazifismus nach. Thüring betonte zudem die „stets vorhandenen Querverbindungen zwischen Judentum und physikalischem Relativismus einerseits und politischem Marxismus und Liberalismus andererseits“. Albert Einstein emigrierte 1933 in die USA. „Gott würfelt nicht“, so sein Credo. Und über „arische Physik“ spricht heute, von Fachhistorikern abgesehen, kein Mensch mehr. ■

Unterstützung für Selbsthilfegruppe „Multiple Sklerose“

Kürzlich konnte die Ostthüringer Landtagsabgeordnete der LINKEN, Ute Lukasch, einen Spendenscheck des Abgeordnetenvereins „Alternative 54 Erfurt e.V.“ an die Selbsthilfegruppe Schmölln der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft, Landesverband Thüringen, übergeben.

Bei einer Tasse Kaffee in ihrem Wahlkreisbüro freuten sich die Mitglieder der Gruppe sehr über diese kleine Finanzspritze. Sie erfuhren zugleich einiges über die Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag, und die Abgeordnete war sehr interessiert, von den Aktivitäten der Selbsthilfegruppe zu erfahren.

So z.B., dass sich die Gruppe 1997 gegründet hatte und zwei Mal im Monat trifft. Jeden ersten Mittwoch kommen sie an der Volkshochschule in Schmölln zusammen und jeden letzten Mittwoch des Monats geht es zum Töpfern in die Regenbogenschule in Altenburg. Interessenten und Betroffene seien herzlich willkommen, wurde bei dieser Gelegenheit betont.

Der Landesverband Thüringen der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft wurde 1990 gegründet und be-



treut über 750 MS-Kranke. Bis heute konnte ein fast flächendeckendes Betreuungsnetz von 32 Selbsthilfegruppen in Thüringen aufgebaut werden. Ziel ist es, die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Betroffenen zu fördern und Isolation zu vermeiden. Dadurch können Krankheitsverläufe oft günstig beeinflusst werden.

Zu den Aufgaben des Verbandes gehört neben der Beratung der Betroffenen und ihrer Angehörigen über Therapien und Rehabilitation auch die Vermittlung von Hilfen und Dienstleistungen und die Organisation von Freizeiten.

Weitere Informationen im Internet: www.dmsg.de/thueringen ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.